

«Hervorragend an der Idee ist der Hochwasserschutz»

In der Initiative zur Absenkung des Seespiegels sieht der Alt-Kantons- und Gemeinderat Franz Schumacher primär die Chance, Missstände aus früheren Tagen neu anzudiskutieren.

Mit **Franz Schumacher** sprach **Thomas Wyss**

In seiner politischen Aktivzeit galt der SP-Mann Franz Schumacher sowohl als Kantonsrat (1971–79) wie auch als Gemeinderat (1980–92) als Störenfried, ebenso unbequem für die Exekutive wie für seine eigene Partei. Von seinen politischen Aktivitäten zeugen unter anderem diverse Einzelinitiativen, beispielsweise die Reichtumssteuer-Initiative oder die Initiative für preisgünstigen Wohn- und Gewerberaum, welche beide heute noch nachwirken.

Es erstaunt denn nicht gross, dass sich Kämpfer Schumacher damals auch mit jenen Themen beschäftigte, die nun durch Till Linckes am 28. November lancierte «Mehr Ufer»-Initiative (siehe TA vom 20. 11 und Box) wieder an Aktualität gewinnen. Themen wie die Schwankung des Zürichsee-Pegelstandes – oder die brisante Frage, wem die sogenannten «Landanlagen» (aufgeschüttete Grundstücke am Zürichsee) tatsächlich gehören.



Herr Schumacher, warum haben Sie ein Interesse daran, die Regelung des Seespiegels oder eine mögliche Abgeltung der «Landanlagen» wieder in den Fokus zu rücken?

Es geht nicht um persönliches Interesse, es geht um eine transparente Diskussion und Information der Öffentlichkeit.

Weshalb ist die Regelung des Zürichsee-Pegels für die Öffentlichkeit relevant?

Wir werden, davon gehen mindestens die Forscher aus, wegen des Klimawandels möglicherweise alle 10 bis 20 Jahre ein sogenanntes «Jahrhunderthochwasser» erleben. Würde man den Zürichseespiegel aktiver regulieren, ihm eine grössere Schwankungsbreite einräumen, könnte er bis zu 100 Millionen Tonnen mehr Wasser aufnehmen. In den wasserreichen Monaten müsste man den Pegelstand gegenüber heute mindestens 50 Zentimeter absenken, bei gefährlichen Wetterlagen vorsorglich bis zu einem Meter.

Eine Absenkung allein würde aber kaum reichen, es würde zusätzlich wohl auch bauliche Massnahmen brauchen.

Das ist richtig. Vom Sihltal wäre ein Entlastungsstollen in den See zu bauen.

Wie hoch wären die Kosten dafür?



BILD ESTHER MICHEL

Zürichseeufer bei Männedorf: Eine aktivere Regulierung des Seespiegels könnte bei künftigen Hochwassern helfen.

Vielleicht rund 100 Millionen Franken, wenn man die Anpassungen von Schiffstegen und Hafenanlagen mitrechnet.

Sehr viel Geld also.

Viel Geld, ja. Mit der Klimaerwärmung werden Hochwasser wie im August 2005 in den nächsten 20 Jahren aber viel häufiger und heftiger auftreten. Überschwemmungen im Gebiet Hauptbahnhof, die Evakuierung Zehntausender Menschen würden Schäden in Milliardenhöhe auslösen. Ein Hochwasserrückhalt von 100 Millionen Kubikmetern kostet also vergleichsweise eine kleine Versicherungsprämie.

Und was ist mit der Natur? Umweltschützer

monieren, ein tieferer Seespiegel würde Schilflandschaften schädigen und Tierarten bedrohen.

Damit reagieren die Umweltschützer wohl auf die «Mehr Ufer»-Initiative, die eine dauernde Absenkung von zwei oder mehr Metern verlangt. Ich habe lediglich die Erhöhung der heutigen Schwankungsbreite von einem halben auf einen Meter gefordert, was die Artenvielfalt von Tieren und Pflanzen im Uferbereich sogar erhöhen würde, und deshalb von der Wissenschaft gefördert wird. Der Pegel schwankte im 19. Jahrhundert noch zwei Meter, am Bodensee ist es heute noch so. Eine dauernde Absenkung von mehreren Metern, wie es die Initiative zur Gewinnung eines durch-

gehenden Seeuferweges vorsieht, ist aber weder wünschbar noch nötig.

Kommen wir zum anderen grossen Thema: Sie verlangen, dass endlich geregelt wird, wem das aufgeschüttete Land an den Seeufern gehört, beziehungsweise wie die Gemeinden oder der Staat an dessen Wertsteigerung partizipieren können.

Hervorragend an der Idee von Till Lincke fand ich die Möglichkeit des Hochwasserschutzes und die Förderung der Biodiversität durch eine etwas höhere Schwankungsbreite des Seespiegels. Für den Seeuferweg dagegen müsste man dauerhaft mehrere Meter absenken, weil in den letzten zweihundert Jahren vier Fünftel der

Till Linckes «Mehr Ufer»-Initiative gewinnt an Land

Die Kunstplattform agent-provocateur.ch schrieb im letzten Frühjahr einen Wettbewerb aus: Jene provokative Idee, die landesweit für Aufsehen sorgt, würde mit einem Preisgeld von 20 000 Franken honoriert. Sieger der Aktion wurde der Journalist und Weltenbummler Till Lincke mit dem Vorschlag, den Zürichseepegel abzusenken, um einen durchgehenden Seeuferweg zu ermöglichen.

Aus dem scheinbaren Jux wurde dann Ende November heiliger Ernst: Zusammen mit einem fünfköpfigen Komitee lancierte Lincke die «Mehr Ufer»-Initiative. Die nochmals überarbeitete Ursprungsidee kam jetzt deutlich differenzierter daher. Neben der Absenkung des Pegelstandes war nun auch vorgesehen, generell eine grössere saisonale Schwankungsbreite festzulegen. Zudem sollte der Seeuferweg um Parks, Strände, Beachvolleyball-Felder und andere fan-

tasievolle Gestaltungsmöglichkeiten erweitert werden. Als eine Art Nebeneffekt eröffnete die Initiative gleichzeitig verschiedene Diskussions- und Gesprächs-Foren. So wurde die Frage aufgeworfen, ob es möglich wäre, das Rückhaltevermögen des Sees bei Hochwasser zu vergrössern. Man begann auch darüber zu diskutieren, wie man den See zu seinem natürlichen Gleichgewicht zurückführen könnte. Oder, besonders brisant: wie man einen Anreiz schaffen könnte, um die Besitzverhältnisse jener Grundstücke zu klären, die in den letzten 150 Jahren durch Seeaufschüttungen entstanden sind (siehe auch das Interview mit Franz Schumacher).

Dokumentarfilmer schaltet sich ein

Damit die Initiative rechtskräftig wird, müssen bis Ende März 6000 Un-

terschriften zusammenkommen. Die Unterschriftenbögen kann man auf der Website herunterladen, der aktuelle Stand betrug gestern Sonntagabend 1161 eingereichte Unterschriften.

Obwohl sie stark umstritten ist, scheint die «Mehr Ufer»-Initiative langsam an Land zu gewinnen. So hat sich der Zürcher Dokumentarfilmer Simon Baumann eingeschaltet und vorgeschlagen, die Initiative und deren Entwicklung in seinem neuen Film, der die Goldküsten Ghanas und Zürichs einander gegenüberstellt, zu thematisieren. Und in seiner «Weltwoche»-Kolumne hat sich auch der frühere SP-Präsident Peter Bodenmann des Themas Seeabsenkung angenommen, weitet dieses aber in seiner typisch visionären Art gleich auf die ganze Schweiz aus. (thw)

www.mehr-ufer.ch

Seeufer, also des vorgelagerten Flachwasserssockels, aufgefüllt wurden. Damit würden die verbliebenen Flachwassergebiete wie etwa das Naturschutzgebiet im Frauenwinkel erheblich beeinträchtigt, auch die Landschaft würde stark verändert, die Inseln Lützelau und Ufenau beispielsweise würden zusammenwachsen. Der Ausbau des Seeuferweges ist mir ein grosses Anliegen, ich sehe die Verwirklichung aber nur mittels Ausnützung der vielen Hundert Landaufschüttungskonzessionen.

Wie genau stellen Sie sich das vor?

Ich stiess auf diese Möglichkeit erstmals in den Siebzigerjahren, als die Stadt Zürich der Standard Telefon & Radio AG das Areal der Roten Fabrik abkaufte, weil diese ihre Fabrikationsanlagen vergrössern und in die Gegend der Halbinsel Au verlegen wollte. Ich kritisierte den Stadtrat, weil er für das Land über 20 Millionen Franken bezahlte, obwohl der Grossteil Aufschüttungsgebiet war und die Konzession festhielt, dass bei einer Verlegung der Fabrik das Land entschädigungslos an die Stadt falle, also eine Art Heimfallrecht. Interessant war, dass der Stadtrat nicht etwa einwendete, diese Konzessionsauflage sei nicht mehr gültig, sondern sich entschuldigte, er habe davon nichts gewusst.

Und dagegen konnte man nichts unternehmen?

Als ich davon erfuhr, waren die Verträge schon unterzeichnet. Es gibt aber viele ähnliche Landanlagen, die von der öffentlichen Hand der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden könnten, ich erinnere an das kürzlich aktuell gewordene Beispiel der Chemiefabrik in Uetikon. Regierungsrat und Gemeinderat unterstützten in der Gemeindeabstimmung die Position der Fabrik, sie könne über das Konzessionsgebiet wie über privates Eigentum verfügen. Die Mehrheit der Stimmberechtigten stellte sich aber dagegen. Bezeichnenderweise wollten die Behörden die Konzessionsverträge bis heute nicht veröffentlichen, was bei der Bevölkerung berechtigtes Misstrauen hervorrief.

Wahrscheinlich ist dieses Beispiel aus Uetikon kein Einzelfall.

Ich gehe davon aus, dass im Staatsarchiv und in den Archiven der Notariate und der Gemeinden Hunderte von Konzessionsverträgen ruhen. Es wäre lohnend, diesen Schatz zu bergen und ihn durch Fachleute, etwa der Juristischen Fakultät der Universität Zürich, auswerten zu lassen. Die Regierung und einzelne Seegemeinden sperren sich bisher dagegen, weil sie den Widerstand der Grundbesitzer mit Seeanstoss fürchten, welche sie, nicht immer zu Recht, auch für gute Steuerzahler halten. Damit sich etwas bewegt, braucht es die politische Unterstützung durch die Bevölkerung und die Medien, das heisst konkret: vermehrte Aufklärung. Dafür leistet die «Mehr Ufer»-Initiative einen Beitrag. Den Seeuferweg erreicht sie kaum, hilft aber indirekt doch seiner Verwirklichung.